WKF-07-199-2

Handeln – und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klimaneutrales Land

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu WKF-07

Von Zeile 198 bis 201:

- Die Energiesteuern im Bereich Verkehr und Wärme wollen wir mit einer CO_2-Komponente reformieren. **Der Einstiegspreis in diesen Sektoren sollte aktuell bei ~~40 Euro~~60,00 EUR liegen und ~~2021~~in vier Jahren auf ~~60 Euro~~180,00 EUR steigen, um etwas zu bewirken.** Der Preis muss danach weiter planbar ansteigen. Dafür schlagen wir für Deutschland ein unabhängiges Gremium vor,

Begründung

Die Grünen sollten sich bzgl. der Einführung einer CO2-Abgabe auf den aktuellen wissenschaftlichen Forschungsstand des Umweltbundesamtes/UBA (s. Zeile 188 dieses Antrages), des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und der Klimaforscher*innen beziehen. Diese Empfehlungen sollten wir als Klimapartei vertreten und keine faulen Kompromisse als Regierung im Wartestand in der Opposition anbieten. Es besteht angesichts der Klimakrise radikaler und realistischer Handlungsbedarf. Die Wirtschaft braucht klare Rahmenbedingungen für die ökologische Transformation. Weltweit haben bereits 42 Staaten und in der EU 12 Staaten einen CO2-Preis eingeführt. Schweden hat bereits heute eine CO2-Abgabe von 114 EUR.

Die Fakten sind seit vielen Jahrzehnten bekannt. Bereits der erste Bericht des Club of Rome mit dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ im Jahr 1972 hat anhand von mehreren Szenarien festgestellt, dass die Menschheit Mitte dieses Jahrhunderts an einen „point-of-no-return“ kommen kann. Heute muss konstatiert werden, dass wir diesen unumkehrbaren Kipppunkt bereit erreicht haben bzw. in wenigen Jahren erreichen. Aktuell stellt der Club of Rom fest: „Es eilt sehr. Ein Systemkollaps ist eine reale Gefahr."

Bereits jetzt können wir die Klimaveränderung nicht mehr aufhalten, sondern nur bei 1,5 Grad begrenzen wie im Pariser Klimaabkommen vereinbart. Werden diese Ziele nicht eingehalten, drohen katastrophale Auswirkungen, die wir bereits heute spüren (Abschmelzen der Polkappen und Anstieg des Meeresspiegels, Hitzewellen, Dürren und Ernteausfälle, Orkane, Überschwemmungen etc.). Dies haben mittlerweile sogar die in der Regel neoliberalen Ökonomen erkannt. Mehr als 3500 US-Ökonomen, die Ex-Präsidenten der Federal Reserve und 27 Wirtschaftsnobelpreisträger fordern mittlerweile eine CO2-Abgabe, um die Emissionen stark und schnell zu senken. Deshalb müssen die Grünen als Klimapartei darauf bestehen, dass die Klimaziele eingehalten, die Erkenntnisse der Klimaforschung und die Vereinbarungen des Pariser Klimaabkommens in politisches Handeln umgesetzt werden, auch wenn immer noch Klimaleugner versuchen dies zu negieren.

Als Klimapartei sind wir in der Verantwortung gemeinsam mit Greta Thunberg, der Fridays-for-Future-Bewegung (FFF), Extinction Rebellion und den Millionen Menschen, die für Klimaschutz in den vergangenen Monaten demonstriert haben, konsequent die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens zu vertreten, um das vereinbarte 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Gerade deshalb hat

unsere Partei einen Vertrauensvorschuss in der Bevölkerung und hohe Umfragewerte. Die Grünen müssen in der Klimapolitik klare Kante zeigen, denn wir haben keinen Planeten B.

weitere Antragsteller*innen

Karsten Finke (KV Bochum); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Kerstin Dehne (KV München); Stephanie Aeffner (KV Kurpfalz-Hardt); Sigrid Pomaska-Brand (KV Mark); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Hans Menningmann (KV Darmstadt-Dieburg); Lars Andersen (KV Hamburg-Altona); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Gregor Kaiser (Olpe KV); Ralf Bohr (KV Bremen-Ost); Stephan Wiese (KV Stormarn); Philipp Schmagold (KV Kiel); Dieter Kaufmann (KV Frankfurt); Carolin Schenuit (KV Berlin-Charlottenburg/ Wilmersdorf); Ralph Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Jutta Jankowsky-Urban (KV Herzogtum Lauenburg); sowie 3 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.